

Vallesia LXXVI - LXXVII (2020-2021) - Zusammenfassungen der Beiträge

Stéphane ABBET

Die Statuts du Valais vom 23. Mai 1571, gefolgt von Zusätzen (1597), Revisionen (1780) und den Franchises de Nendaz (1575). Ausgabe und Kommentar einer französischen Übersetzung vom Ende des 18. Jahrhunderts

Die am 23. Mai 1571 von der Tagsatzung unter dem Episkopat von Hildebrand von Riedmatten verabschiedeten Statuten - auch Landrecht genannt - sind die letzte Fassung des Walliser Gewohnheitsrechts und gelten als Glanzstück, Ehre und Krönung unserer Walliser Gesetzgebung («Pièce royale, honneur et couronnement de notre législation valaisanne», J. Graven). Sie enthalten zivilrechtliche, strafrechtliche, verfahrensrechtliche und öffentlich-rechtliche Bestimmungen. Sie wurden den Unterwalliser Untertanen ab 1575 auferlegt, 1597 durch Zusätze und 1780 durch verschiedene Revisionen ergänzt und blieben bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts in Kraft. Die einzelnen Kapitel sind in einem manchmal etwas komplizierten Latein verfasst und daher nicht immer leicht verständlich. Ihre Kenntnis ist jedoch unerlässlich, um den normativen Rahmen der Gesellschaft des Ancien Régime zu erfassen, insbesondere den Status der Personen (eheliche oder nichteheliche Kinder, verheiratete, verwitwete oder unverheiratete Frauen, Mündel und Vormünder), die Familienstrukturen (insbesondere die Erbteilung), die Bodenordnung (Allod, Lehen, Abgaben, Renten), die Vermögensübertragung (Mitgift, Erbschaft, Verkauf), aber auch die Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen Gerichtsinstanzen. Die vorliegende Publikation gibt eine französische Übersetzung vom Ende des 18. Jahrhunderts wieder. Jede Bestimmung wird in einer Fussnote kurz erläutert und mit Literaturhinweisen versehen.

Cyrille FAUCHÈRE

Die Graffiti von Longeborgne: stille Zeugen eines von Beginn an vorhandenen Bekanntheitsgrades

Während die ersten zwei Jahrzehnte und die letzten dreieinhalb Jahrhunderte der Geschichte der Einsiedelei von Longeborgne, die kürzlich ihr 500-jähriges Bestehen feierte, in zahlreichen Veröffentlichungen dokumentiert wurden, schweigen die Quellen über die Besucherzahlen zwischen 1536, dem Jahr der Pestepidemie, die das Ende der ersten Franziskanergemeinschaft

bedeutete, und 1657, dem Jahr, in dem sich der erste Eremit dort niederliess. Während dieser Zeit scheint die Einsiedelei nicht regelmässig bewohnt gewesen zu sein.

Bei den jüngsten Restaurierungsarbeiten wurde jedoch eine Wand mit *Graffiti* entdeckt, d.h. mit mehr oder weniger lesbaren Inschriften (Daten, Namen, Vornamen) und Figuren (Wappen, Gegenstände, menschliche Formen). Die Daten konzentrieren sich auf die Zeit zwischen 1542 und 1671, also inmitten des bisher nicht fassbaren Zeitraums. Die sicher oder wahrscheinlich identifizierten Besucher waren Bürger, Notare, Geistliche, ehemalige Landvögte von Saint-Maurice oder Monthey, zukünftige oder ehemalige Landeshauptmänner. Longeborgne, das in den historischen und geographischen Werken von Münster, Stumpf oder Simler aus dem 16. Jahrhundert erwähnt wird, war vielleicht eine Station auf den Bildungsreisen gebildeter Personen, wobei religiöse Motive nicht auszuschliessen sind. Auf jeden Fall zeigen die *Graffiti*, dass der Ort auch in diesen undokumentierten Zeiten bekannt war und Besucher anzog.

Sébastien GUILLET

Der verheerende Winter 1719-1720. Rekonstruktion der Auswirkungen der Lawinnenniedergänge vom Februar 1720 in der Schweiz

Im Januar und Februar 1720 fielen an den Hängen des Schweizer Alpenbogens enorme Schneemengen, die in den Kantonen Wallis, Uri, Glarus und Graubünden verheerende Lawinen auslösten. Diese Lawinen forderten über 160 Todesopfer. Damit war der Winter 1720 in der Schweiz und in Europa einer der tödlichsten der letzten drei Jahrhunderte, vergleichbar mit dem «Lawinenwinter» von 1950-1951. Die Folgen dieses aussergewöhnlichen Winters hielten bis in den Sommer 1720 an, als das Schmelzen der grossen Schneemengen in der ganzen Schweiz zu Überschwemmungen führte. Besonders betroffen waren die Rhone, der Rhein, die Aare und die Reuss. In diesem Beitrag werden die meteorologischen Bedingungen, die zu den Lawinen von 1720 führten, im Detail untersucht. Es wird eine Bilanz der Lawinenopfer gezogen und untersucht, welche Auswirkungen dieser dramatische Winter auf die damalige Gesellschaft hatte und welche Anpassungsstrategien entwickelt wurden, um die Risiken und die Exposition gegenüber Naturgefahren zu begrenzen.

Gilles LUISIER

Das Bundesgesetz über den Wald von 1876 und seine Auswirkungen auf die Wiederherstellung der Walliser Schutzwälder

1868 wurde die Schweiz von heftigen Regenfällen heimgesucht, die zu Überschwemmungen und Erdbeben führten. 50 Menschen kamen ums Leben, die Schäden werden heute auf 915 Millionen Franken geschätzt. Der Bund beauftragte daraufhin Experten, die Empfehlungen zur Wiederaufforstung der Talhänge und zur Korrektur der Bachläufe abgaben. Dies führte zur Verabschiedung des Bundesgesetzes über den Wald (1876), das auf dem Paradigma der Waldrodung basiert und einen Zusammenhang zwischen Abholzung und vermehrten Überschwemmungen herstellt. Dieser Beitrag beleuchtet die Ursprünge dieses ersten eidgenössischen Waldgesetzes, das sich auf den Schutz und die Entwicklung von Schutzwäldern konzentrierte. Er untersucht das Paradigma der Abholzung im Wallis, wo dieses Problem seit langem bestand. Es entstand durch die steigende Nachfrage nach Holz und führte zu Spannungen mit der Bergbevölkerung im Zusammenhang mit der Ziegenhaltung. Die Analyse der Walliser Forstpolitik im 19. Jahrhundert zeigt, dass die Wiederaufforstung oft an den Kosten und am Widerstand der lokalen Bevölkerung scheiterte. Schliesslich werden anhand zahlreicher Beispiele die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Bundesgesetzes von 1876 im Wallis untersucht. Mit Hilfe von Subventionen ermöglichte dieses Gesetz die Ausbildung von Forstpersonal, die Einrichtung von Baumschulen und zwischen 1873 und 1975 die Durchführung von 435 Aufforstungsprojekten. So konnten auf dem Kantonsgebiet über 25 Millionen Bäume gepflanzt werden, um Gefahren wie Überschwemmungen, Steinschlag, Erosion, Wind, Murgänge und Lawinen vorzubeugen oder zu bekämpfen.

Léonard BARMAN

Kurzbeschreibung zu Denis Fournier (1892-1946): SBB-Angestellter, autodidaktischer Geologe und Amateurarchäologe

Denis Fournier (1892-1946) war Eisenbahner. Er arbeitete an der Instandhaltung der SBB-Strecke bei Saint-Maurice. Dass er zwischen den beiden Weltkriegen zu einer lokalen Referenz in Sachen Geologie und Archäologie werden würde, war nicht zu erwarten. Der Amateurforscher erwies sich jedoch als kompetent genug, um nicht weniger als dreissig Studien (hauptsächlich in der Lokalpresse) zu veröffentlichen, als ständiger Berater von Geologieprofessoren der Universitäten Genf und Lausanne zu fungieren und sich einen Ruf als profunder Kenner der

Geologie der Region von St-Maurice zu erwerben. Seine Arbeiten über das Tauredunum und den Druidenstein von Vérossaz sind zweifellos seine bekanntesten Studien, stellen aber nur einen Teil seiner Tätigkeit dar. Fast siebenzig Jahre nach seinem Tod verdient es dieser Autodidakt, dass sein Werk, mit dem er sich die Anerkennung der grossen Wissenschaftler der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erworben hat, in Erinnerung gerufen wird.

Samuel BEROUD

Die «Nationalisierung des Wallis» in der Zwischenkriegszeit und ihre Grenzen. Das Projekt der «inneren Kolonisierung» angesichts der Interessen der «fremden» Industrie

Dieser Beitrag untersucht die Reaktion der politischen Eliten des Wallis auf die Ankunft der elektrochemischen und elektrometallurgischen Industrie im Kanton zu Beginn des 20. Jahrhunderts und zeigt, dass die «progressive» Politik des Staatsrats Maurice Troillet darauf abzielte, die strukturellen Auswirkungen der Industrialisierung zu minimieren, um die soziale und politische Stabilität im Wallis zu sichern. Mit seiner agrarfreundlichen Politik wollte Troillet die starke ländliche und christliche Bevölkerung - die Basis der konservativen Partei - in einer Zeit bewahren, in der die Ankunft der Schwerindustrie die Gefahr der Proletarisierung und des Sittenwandels mit sich brachte. Der Beitrag zeigt, dass die Politik der «inneren Kolonisierung», d.h. die grossflächige Schaffung landwirtschaftlicher Güter in der noch sumpfigen Rhoneebene, um die Überbevölkerung in den Berggebieten aufzufangen, in der Zwischenkriegszeit scheiterte. Die Pläne der progressiven Konservativen scheiterten an der Allianz der traditionellen Konservativen mit den Industriellen, die an einer niedrigen Besteuerung festhalten wollten. Dies hatte zur Folge, dass der Staat über weite Strecken der Zwischenkriegszeit eine Sparpolitik betreiben musste.

Jasmine LOVEY

Trennung und Scheidung im Wallis. Eine Sozialgeschichte der Ehestörungen an der Wende zu den 1970er Jahren

Ziel dieses Beitrags ist die Analyse der Scheidungsgründe im Bezirk Sitten in den Jahren 1965, 1970 und 1974. Die Analyse zeigt, dass die Akten des Zivilgerichts einen deutlichen Anstieg der Scheidungs- und Trennungsgesuche aufweisen, der einem seit den 1960er Jahren beobachteten gesamtschweizerischen Trend folgt. Neben der Messung dieses Anstiegs geben die Akten auch Aufschluss über die Erwartungen der Paare, die Geschlechterverteilung in der Familie und die

vorgeworfenen Verhaltensweisen. Zwischen Gewalt, Ehebruch und Verlassen der Familie werden von Männern und Frauen sehr spezifische Scheidungsgründe genannt, die sie angesichts einer Gesetzgebung, die Scheidungen nur bei Verschulden und nach sehr genauen Kriterien der Zerrüttung zulässt, ausnutzen. Die Ehepartner, die für die Scheidung verantwortlich gemacht werden, können dann für einen längeren oder kürzeren Zeitraum mit einem Eheverbot belegt und zur finanziellen Entschädigung des anderen verpflichtet werden. Diese explorative Arbeit konzentriert sich auf die Scheidungsursachen und die Streitpunkte zwischen den Ehepartnern und zeigt den Nutzen einer sozialen Mikrogeschichte der Ehestörungen in der Schweiz auf.